

BAföG für Alle - Denn leerer Bauch studiert nicht gern!



Rund zwei Drittel aller Studierenden verfügt trotz Nebenjobs und alledem über weniger als 60% des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung (1.251 €) und ist damit akut armutsgefährdet (Stand 2021). Nur 13% der Studierenden erhält überhaupt BAföG. Von dem ursprünglichen Anspruch, Bildung für Alle zu ermöglichen, ist die staatliche Ausbildungsförderung meilenweit entfernt. Das muss sich dringend ändern. Bereits im vergangenen Sommer fand in Hamburg eine hochschulübergreifende Demo zur Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden statt. Ein **19€-Ticket, die Ausfinanzierung des Studierendenwerks und ein BAföG für Alle** sind die nach wie vor triftigen, akut zu realisierenden Forderungen, damit ein erfreuliches Studieren zum allgemeinen Wohl gelingen kann. Dafür braucht es bundesweit studentische Bewegung. Auf welchem Stand befindet sich also die politische Auseinandersetzung?

Was ist aktuell los beim BAföG?

Derzeit findet eine Reformierung des schon lange als völlig ungenügend kritisierten BAföG statt. Im Laufe des Jahres wird u.a. ein **Urteil des Bundesverfassungsgerichts** dazu erfolgen. Der Hamburger Rechtsanwalt Joachim Schaller, der die Klage einer Studentin dort vertritt, erwartet, dass das Gericht eine deutliche Anhebung der Regelsätze anmahnen wird, denn die aktuell niedrigen Sätze verstoßen gegen „das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums und verletzen darüber hinaus die Grundrechte der Berufswahlfreiheit und das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes“.

Der aktuelle Höchstsatz für Studierende (ab 25 Jahren) liegt bei **934 Euro** und setzt sich aus den Bedarfsätzen von 452 € Grundbedarf + 360 € Bedarf für die Unterkunft + 94 € gesetzliche KV + 28 € Pflegeversicherungsbeitrag zusammen.

Gleichzeitig hat die verantwortliche Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) einen Vorschlag zur Reformierung des BAföG vorgelegt. Dieser sieht bislang weder die selbst vom Haushaltsausschuss des Bundestages (in Erwartung des BVerfG-Urteils) geforderte Erhöhung der Regelsätze vor, noch ist er ansonsten geeignet, der verschärften sozialen Lage und den wachsenden Herausforderungen von Studierenden und Auszubildenden adäquat zu begegnen. Es sollen noch nicht einmal die bereits zweckgebunden für die BAföG-Reform bewilligten Haushaltsmittel von 150 Mio. € vollständig abgerufen werden, sondern lediglich 60 Mio. € davon. Die FDP-Ministerin will also Haushaltseinsparungen auf Kosten der Studierenden, der allgemeinen Vernunft und den Erfordernissen der Zeit. Ihr Entwurf beinhaltet bislang lediglich folgendes:

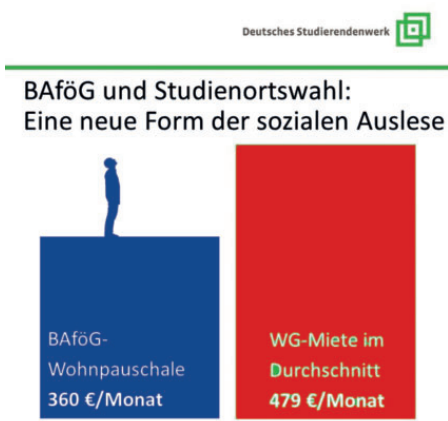
- Anhebung der BAföG-Freibeträge um 5%. D.h die zulässige Einkommensgrenze der Eltern wird minimal erhöht und der Kreis der Förderberechtigten gelinde erweitert.
- Der Betrag, den BAföG-Empfänger:innen anrechnungsfrei dazuverdienen dürfen (Minijob-Betrag), soll ab Herbst 2024 minimal erhöht werden auf dann 556€.
- Die Kranken- und Pflegeversicherungszuschläge sollen leicht erhöht werden, jedoch nur einmalig und nicht regelhaft angepasst an die Beitragssteigerungen.

- Für sozial besonders benachteiligte Studienanfänger (unter 25) soll es eine einmalige „Studienstarthilfe“ von 1.000€ geben – um Mietkautionen zu stemmen, die in der Regel das Doppelte kosten.
- Zudem soll der Rückzahlungsdruck erhöht statt gesenkt werden. Die monatliche Rate soll von 130 € auf 150 € steigen. Der maximale Rückzahlungsbetrag von 10.010 € auf 11.550 € – also um über 15%. Im Koalitionsvertrag war das Gegenteil vereinbart.

Es handelt sich also um eine völlig inakzeptable Verschlimmbesserung.

Von verschiedenen Seiten kommt daher bereits Kritik. Die **Bildungsgewerkschaft (GEW)** hat Ende Februar deutlich gemacht, dass ohne Anhebung der BAföG-Sätze Bildungsungleichheit und Studienabbruchquoten steigen, Studienanfängerzahlen weiter zurückgehen und der Fachkräftemangel sich

stärker verschärfen werden. Mathias Anbuhl, Vorstandsvorsitzender des **Deutschen Studierendenwerks (DSW)**, mahnt zudem, dass auch die Wohnkostenpauschale (aktuell 360€) mindestens auf das Durchschnittsniveau der Mietkosten in deutschen Großstädten anzuheben ist. Der **freie Zusammenschluss von student*innenschaften e.V. (fzs)** arbeitet noch an einer umfassenden Stellungnahme. Verhaltene Kritik kommt selbst von den regierenden Koalitionspartnern SPD und Grünen. Es wird also deutlich, dass bereits ordentlich Bewegung in den Streit um die Reformierung der Studienfinanzierung gebracht ist und die Bedingungen dafür, gerade jetzt weitreichende Verbesserungen durchzusetzen, gar nicht so schlecht sind.



Aufruf zur BAföG-Kampagne - Wann, wenn nicht jetzt?

Es braucht ein BAföG, das der aktuellen Lebensrealität von Studierenden und dem notwendigen Anspruch des sozial gleichen Zugangs zu Bildung für Alle gerecht wird. Mehr denn je ist es an uns Studierenden und der Bevölkerung insgesamt, für dieses grundlegende Recht einzustehen. Wir wollen einen Ausbau der Studienfinanzierung, die prekärem Studieren und Bildungsungleichheit ein Ende setzt. Um gemeinsam aktiv zu werden, starten wir daher die **bundesweite Kampagne "BAföG für Alle"**. Die zentrale Forderung ist ein BAföG, das als Vollzuschuss in Höhe von 1200€ inflationsangepasst, alters-, eltern- und herkunftsunabhängig jede:m Studierenden, Auszubildenden und Schüler über 18 Jahren gezahlt wird.

Neben der Aufklärung über das BAföG und seine gesellschaftliche Bedeutung sollen eine Vollversammlung der Studierendenschaft und eine hamburgweite, hochschulübergreifende Demonstration zur Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden im Sommersemester stattfinden. Macht mit, beteiligt euch, erzählt es weiter und lasst uns gemeinsam für ein freudvolles, sinnvolles und anregendes Studium ohne Existenzsorgen kämpfen!

Wir treffen uns als aktive Gruppe alle 2 Wochen (ungerade KW) dienstags um 19 Uhr im Raum S27, Von-Melle-Park 9 (UHH). Das nächste offene Treffen findet am 09.04.2024 statt. Kontakt und weitere Infos unter www.bafög-für-alle.de.

